

Informationen aus dem NÖ Landtag



Landtagssitzung

vom

17. 11. 2011

TOP 1

Erster Tagesordnungspunkt der Sitzung ist eine Aktuelle Stunde der ÖVP unter dem Titel „Die St. Pöltner Erklärung ist wichtige Initiative von LH Dr. Erwin Pröll zur Verlängerung der EU-Regionalförderung ab 2014“.

KO Waldhäusl und die FPÖ NÖ sagen ein klares Ja zu den Regionen und lehnen jeglichen Zentralismus ab! Nicht alles, was von der EU kommt, ist schlecht. Es überwiegen aber negative Aspekte, wie der unsinnige Euro-Rettungsschirm, bei dessen Einrichtung die Bevölkerung nicht einbezogen wurde. Die ÖVP spricht heute zu Recht von der Wichtigkeit der Regionen und mehr Bürgernähe, zugleich unterstützt sie aber blind eine zunehmend zentralistischer werdende EU! Zuerst sollen die Schwarzen einmal vor der eigenen Türe kehren, und den Föderalismus sowie Bürgerbeteiligung in Österreich stärken. Warum hat man denn nicht die Bürger darüber abstimmen lassen, ob sie damit einverstanden sind, dass Milliarden an Steuergeldern EU-Pleitestaaaten wie Griechenland nachgeworfen werden? Dass das Ansehen der EU in der Bevölkerung stetig sinkt, liegt einzig allein an der Unfähigkeit der Eurokraten in Brüssel und an der hemmungslosen EU-Hörigkeit von Rot, Schwarz und Grün! Österreich ist Nettozahler der EU, daher ist es nur recht und billig, dass die Bürger davon wieder etwas zurückbekommen. Die Freiheitlichen stehen für Föderalismus, Bürgerbeteiligung auch in der Regionalpolitik!

LAbg. Edmund Tauchner führt aus, dass Österreich 146 Millionen Euro an Regionalförderung von der EU bekommt. Dieser Betrag ist nur ein Bruchteil dessen, was unser Land in diese Europäische Union einbezahlt! Der „heilige“ Spruch der ÖVP, wonach wir 3 Euro für einen einbezahlten Euro zurückbekämen, ist somit schlicht und einfach falsch. Bei aller Solidarität mit schwächeren Regionen Europas, hat niederösterreichisches Steuergeld vorrangig für NÖ Bürger verwendet zu werden!

TOP 2

Es folgt eine Aktuelle Stunde der FPÖ mit dem Titel „Kein weiteres Verscherbeln von Familiensilber - Niederösterreich darf nicht Griechenland werden!“

LAbg. Christian Hafenecker legt dar, dass es auch in Griechenland wie in NÖ über Jahre hinweg eine „Politik des Löcher - Stopfens“ gegeben hat. Die bisherigen Verkäufe der Wohnbaudarlehen mit anschließender, risikoreicher Veranlagung haben bis dato eine verheerende Bilanz geliefert: Was die ÖVP so gerne als „wunderbare Geldvermehrung“ bezeichnet, stellt sich immer mehr als „wundersame Geldvernichtung“ heraus! Von den ursprünglich veranlagten Geldern aus dem Verkauf dieser Darlehen sind nur noch 3,69 Milliarden übrig. Die ÖVP hat dem Land Niederösterreich durch diesen Verlust von rund 3,5 Milliarden Euro einen noch nie dagewesenen Schaden zugefügt. Die nun von VP-„Oberpleitier“ Sobotka angekündigte Verscherbeltung weiterer 16 500 Wohnbaudarlehen mit einem Nominalwert von 928 Millionen Euro um rund 500 Millionen Euro ist nichts anderes, als eine höchst fahrlässige Aktion zur Beschaffung eines verfrühten Wahlkampfbudgets für LH Erwin Pröll! NÖ Familiensilber wird von den Schwarzen auf dem Rücken der Bürger und unserer Kinder verscherbelt, der Schuldenberg unseres Landes wächst weiter. Durch eine derartig zukunftsfeindliche Politik stürzt die ÖVP Niederösterreich in dasselbe Schicksal, welches Griechenland gerade er-

leidet. Dafür ist die FPÖ nicht zu haben! Es gäbe bei Kultur, Kunst, Verwaltung und im Politikbereich selbst genügend Einsparpotenzial, um das Budget zu sanieren!

Laut KO Gottfried Waldhäusl handelt es sich beim heute auf der Tagesordnung stehenden Verkauf von Wohnbaudarlehen um einen höchst fahrlässigen Verkauf von Landesvermögen. Wenn man Darlehen im Wert von fast einer Milliarde um 500 Millionen Euro verkauft, wie es VP-Sobotka macht, dann ist das finanzpolitischer Unfug! Besonders traurig ist es, dass die SPÖ diese „miese“ Finanzpolitik der Schwarzen unterstützt. Warum musste Sobotka denn für das Budget 2012 rund 150 Millionen Euro vom vielzitierten „Sparbuch NÖ“, also vom Kapitalstock, abheben? Durch dieses Verscherbeln von Familiensilber beschließen ÖVP und SPÖ eine unabsehbare Belastung für unsere Kinder und Enkel, denn der vom schwarzen „Papandreou“ Sobotka angehäuften Schuldenberg wird nicht kleiner, sondern immens vergrößert. Die Freiheitlichen sagen daher ganz klar Nein zum Ausverkauf des NÖ Landesvermögens und zur Schuldenpolitik der ÖVP! Seit seinem Amtsantritt 1992 hat es LH Pröll zusammengebracht, den Schuldenstand des Landes NÖ zu verzehnfachen. Engagierten Landeshauptleuten, wie Andreas Maurer und Siegfried Ludwig haben es unsere beiden NÖ „Papandreous“, Pröll und Sobotka, zu verdanken, dass sie jetzt das NÖ Familiensilber verscherbeln können. Die FPÖ wird den fatalen Finanzkurs der ÖVP unter Mithilfe der SPÖ nicht mittragen und daher der Verscherbelung weiterer Wohnbaudarlehen eine klare Absage erteilen!

LAbg. Ing. Martin Huber kritisiert die SPÖ für ihre Zustimmung zum Ausverkauf des NÖ Landesvermögens. Aus den vollkommen gescheiterten Wohnbauveranlagungen von VP-Landesrat Sobotka, die dem Land NÖ einen Verlust von einer Milliarde Euro brachten, hat die SPÖ anscheinend nichts gelernt.

TOP 3

- [Antrag der ÖVP: „Demokratische Legitimierung der „St. Pöltner Erklärung“ zur EU-Kohäsionspolitik ab 2014 durch den NÖ Landtag“](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

TOP 4

- [Verlängerung der Regionalförderung und des EUROFIT-Aktionsprogramms](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

KO Gottfried Waldhäusl hält es für unabdingbar, dass man den Menschen in strukturschwachen Regionen Unterstützung zukommen lässt. Denn durch gezielte Förderung von Klein- und Mittelbetrieben schafft man Arbeitsplätze und trägt zum Aufschwung dieser Gebiete bei! Die Regionalförderung ist speziell aus diesen Gründen zu begrüßen. Besonderer Dank ist an dieser Stelle dem „Mister Regionalpolitik des Waldviertels“ Adi Kastner, der kürzlich verstorben ist, zu erweisen. Er hat sich, trotz seiner Herkunft aus der ÖVP, unabhängig jeglicher Parteipolitik für das Wohl der Regionen eingesetzt!

TOP 5

- [Verwertung von Wohnbauförderungsdarlehen \(3.Tranche\)](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne*

KO Gottfried Waldhäusl führt an, dass auch die SPÖ-dominierte Gewerkschaft Bau-Holz die Verschärfung der Wohnbaudarlehen ebenso wie die FPÖ ablehnt. Diese kritisiert die fahrlässigen Sobotka-Pläne als „verantwortungslos“ und sieht sie als „höchste Kunst wirtschaftlicher Unfähigkeit“. Da auch LH-Stv. und SPNÖ-Chef Leitner in der Landesregierung gegen den Verkauf der Wohnbaudarlehen gestimmt hat, zeigt sich in dieser Partei ein tiefer Riss zwischen Landtagsfraktion und den Regierungsmitgliedern. Die SPÖ sollte auf die berechtigte Kritik ihrer Basis hören und sich, wie die Freiheitlichen, gegen den Ausverkauf des Landesvermögens durch die ÖVP stellen.

TOP 6

Die beiden folgenden Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt.

- [Vorlage der Landesregierung betreffend MedAustron Wiener Neustadt – Freigabe einer Haftungsübernahme](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

- [Vorlage der Landesregierung betreffend LKH Wiener Neustadt – Neubau, Versorgungseinheit, Projekterweiterung](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

LAbg. Ing. Martin Huber erachtet das Projekt MedAustron, welches sich im Bereich der Krebsforschung und Heilung beschäftigt, als äußerst wichtig. Wir können stolz sein, dass dieses äußerst zu begrüßende Forschungsinstitut in Niederösterreich errichtet wird. Aus freiheitlicher Sicht ist es besonders wünschenswert, dass MedAustron schnellstmöglich im Dienste der Menschen den Betrieb aufnimmt!

LAbg. Edmund Tauchner kritisiert, dass es mangelnde Transparenz über die Kosten der Projekterweiterung des Landeskrankenhauses Wiener Neustadt gibt. Da diese Erweiterung aber für die medizinische Versorgung der Bevölkerung enorm wichtig ist, wird die FPÖ dazu auch ihre Zustimmung geben!

TOP 7

Die folgenden Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- [NÖ Energiebericht- Bericht über die Lage der Energieversorgung in NÖ](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne*

- [NÖ Energiefahrplan 2030](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne Ablehnung FPÖ*

- [NÖ Energieeffizienzgesetz 2012](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne Ablehnung FPÖ*

LAbg. Benno Sulzberger hält fest, dass mit 31.12. 2010 viele Förderungen im Energiesektor gestrichen wurden. Aufgrund der weltenergiepolitischen Lage müsse es bei den Verantwortlichen ein schnellstmögliches Umdenken geben. Die Schonung der Ressourcen ist ein Hauptziel erfolgreicher Energiepolitik. Man muss einen effektiven Ausbau der erneuerbaren Energie forcieren. Ob die im Energiefahrplan gesetzten Zielsetzungen tatsächlich erfüllt werden können, ist zweifelhaft. Es ist besonders wichtig, die Menschen zum Energiesparen zu animieren, was sicher mehr als eine Generation in Anspruch nehmen wird. Daher darf man nicht, wie im Energieeffizienzgesetz vorgesehen, die Bürger für erhöhten Verbrauch von Energie bestrafen, sondern jene, die damit schonend umgehen, belohnen. Der einzige Weg, um eine Energiewende zu erreichen, ist die Sensibilisierung der Menschen zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit den vorhandenen Ressourcen!

TOP 8

- [FPÖ-Antrag: Bestandsgarantie für Niederösterreichs Kasernenstandorte](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, FPÖ, Ablehnung SPÖ, Grüne*

LAbg. Christian Hafenecker kritisiert die zahlreichen Anschläge von SP-Verteidigungsminister Darabos gegen das österreichische Bundesheer. Auf freiheitliche Initiative hat sich der NÖ Landtag schon in diesem Jahr gegen die Abschaffung der Wehrpflicht und gegen die Bundesheer-Zentralküche ausgesprochen. Jede Kasernenschließung ist ein schwerer Schlag gegen die NÖ Sicherheit und gegen die regionale Wirtschaft, vor allem in strukturschwachen Gebieten. Denn mit der Auflassung einer Kaserne kommt es nicht nur zu einem direkten Personalbau beim Heer, sondern auch zu einem Verlust unzähliger Arbeitsplätze in klein- und mittelständischen Betrieben, die mit der Versorgung der Kasernen über einen wichtigen Einkommenszweig verfügen. Auch der Terrorschutz und die Pandemiebekämpfung sind ohne Bundesheer im Ernstfall schlicht und einfach nicht zu bewältigen. Die Freiheitlichen verwehren sich vehement gegen die andauernden Frontalangriffe der SPÖ und ihres unfähigen Verteidigungsministers auf unser Bundesheer! Es ist daher besonders erfreulich, dass sich der Landtag mit Beschluss des freiheitlichen Antrages zum Erhalt aller NÖ Kasernen in NÖ bekennt. Hafenecker dankt allen Soldaten für ihren unermüdlichen Dienst und wünscht ihnen viel Mut, denn die Granaten von links fliegen tief. Sie können sich jedoch auf blaue Schützenhilfe verlassen!

TOP 9

- [NÖ Umweltbericht 2010 und NÖ Klimaprogrammbericht 2010](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne*

LAbg. Benno Sulzberger führt das Beispiel Waldviertel an, wo unzählige PS-starke Autobusse leer von Station zu Station fahren. Der öffentliche Verkehr soll an den hoch frequentierten Stellen intensiviert werden. Elektro-Autos müssen erst an die Leistung von Autos mit Verbrennungsmotoren herangeführt werden und für jedermann leistbar sein, bis ihnen der Durchbruch gelingt. In der Landwirtschaft ist die nachhaltige Bewirtschaftung der Produktionsflächen ein Gebot der Stunde, um einen schonenden Umgang mit der Umwelt sicherzustellen. Wir leben in einem beschränkten Raum, daher müssen wir diesen optimal nutzen.

TOP 10

Die folgenden Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- [Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich für das Jahr 2010](#)

Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne

Resolutionsantrag FPÖ: „[Keine Kürzungen der Ausgleichszahlungen-Stopp dem Bauernsterben!](#)“:

Abgelehnt, Zustimmung FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP, SPÖ

- [Bericht über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion im Jahre 2010](#)

Abstimmung: **Einstimmig angenommen**

- [Bericht über die Gebarung und Tätigkeit des NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds im Jahre 2010](#)

Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne

- [FPÖ-Antrag: Änderung des Flurverfassungsgesetzes 1975](#)

Abstimmung: **Einstimmig angenommen**

LAbg. Benno Sulzberger merkt an, dass in NÖ seit 2007 über 13 000 landwirtschaftliche Betriebe aufgegeben werden mussten. Das sind 9 (!) pro Tag! Für die Freiheitlichen ist dieses „Bauernsterben“ sehr schmerzlich, der Arbeitsplatz „Bauernhof“ geht immer mehr verloren. Auch das landwirtschaftliche Einkommen ist dramatisch gesunken, und der Tiefpunkt ist leider noch nicht erreicht. Wenn der ÖVP der ländliche Raum etwas wert ist, dann muss es schnellstmöglich zu einer radikalen Wende in der Landwirtschaftspolitik kommen: Die Industrialisierung der Landwirtschaft ist hintanzuhalten und die klein- und mittelbäuerlichen Güter sind zu fördern! Es gibt keinen Berufszweig, wo so wenig Kapital investiert wird, wie in die Landwirtschaft. Für die Freiheitlichen steht fest, dass es Gebot der Stunde ist, die noch verbliebenen landwirtschaftlichen Betriebe zu erhalten! Die Einkommenssituation der Bauern bedarf einer Verbesserung, daher bringen wir einen Resolutionsantrag ein, damit es zu keinen Kürzungen der Ausgleichszahlungen kommt und dem „Bauernsterben“ Einhalt geboten wird.

KO Gottfried Waldhäusl nimmt Bezug auf die Einsetzung von Rechnungsprüfern bei Kom-massierungsgemeinschaften. Da die Einsetzung dieser wichtigen Kontrollorgane bisher gesetzlich nicht verpflichtend war, kam es bei den Tätigkeiten der Z-Gemeinschaften immer wieder zu Spannungen, wie es jüngst in Vitis geschah. Jeder Verein ist per Gesetz verpflichtet, Rechnungsprüfer zu ernennen. Bei den Z-Gemeinschaften allerdings, wo es um große Wertbestände geht, fehlt oft die Kontrolle. Es ist daher erfreulich, dass sich alle anderen Par-

teilen unserem Antrag zu einer verpflichtenden Einsetzung dieser Kontrollorgane anschließen!

Bezüglich des gemeinsamen Antrages von FPÖ und ÖVP, der eine dahingehende Gesetzesänderung zum Ziel hat, dass Landwirte im Umkreis von zehn Kilometern ihres Hofes den Führerschein nicht mitführen müssen, bedankt sich KO Waldhäusl für den eingeschlagenen gemeinsamen, niederösterreichischen Weg. Im Nationalrat wurde dieser freiheitliche Antrag nämlich am 15.11.2011 von der Volkspartei und SPÖ abgelehnt.

TOP 11

- [Änderung des Gesetzes über die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne*

LAbg. Benno Sulzberger mahnt den sorgsamen Umgang mit Pflanzenschutzmitteln in Gebrauch und Anwendung ein, da ihr Einsatz in der Produktion von Lebensmitteln eine Notwendigkeit darstellt.

TOP 12

- [Einführung eines überregionalen österreichischen Gütezeichens auf bundesgesetzlicher Grundlage](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, FPÖ, Grüne, Ablehnung SPÖ*

LAbg. Benno Sulzberger kündigt an, dass die FPÖ-Fraktion dem vorliegenden Antrag zustimmt, sichergestellt werden muss, dass beispielsweise genmanipuliertes Fleisch nicht in unser Land importiert werden kann. Denn: Wo Österreich drauf steht, muss auch Österreich drinnen sein!

TOP 13

- [FPÖ-Antrag: Vorlage der Protokolle der Landeshauptleutekonferenz](#)

*Abstimmung: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, SPÖ, Ablehnung ÖVP, Grüne*

Für LAbg. Ing. Martin Huber muss auch bei der Landeshauptleutekonferenz Transparenz herrschen. Daher ist ein Bericht über die dort erzielten Ergebnisse im NÖ Landtag unabdingbar, wie es auch in anderen Bundesländern praktiziert wird. Noch dazu sieht man LH Erwin Pröll auf Landtagssitzungen sehr selten, trotzdem hat der Landtag als Vertretung der Bürger ein Recht darauf, über seine Tätigkeiten in diesem Gremium informiert zu werden. Transparenz und Kontrolle sind für die ÖVP Fremdwörter, dagegen kämpft die FPÖ an!

TOP 14

- [Gesetz über den Einheitlichen Ansprechpartner im Land Niederösterreich](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne*

TOP 15

- [Transparenzregelungen für Informationsmaßnahmen und Medienkooperation des Landes Niederösterreich und dessen Mitglieder der Landesregierung](#)

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, Ablehnung SPÖ, FPÖ, Grüne*

LAbg. Christian Hafenecker bekräftigt, dass die Offenlegung der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der NÖ Landesregierung eine langjährige FP-Forderung ist. Ebenso müssen endlich deren Repräsentationskosten gesenkt werden!

TOP 16

- [Gesetz über die Einhebung einer Mautabgabe für die Benützung der Bergstraße auf die Hohe Wand](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

KO-Stv. Erich Königsberger betont, dass sobald der Naturpark Hohe Wand der NÖ Card beitrifft, den Inhabern dieser Karte eine einmalige, kostenlose Benützung der Bergstraße eingeräumt werden muss.

ENDE DER SITZUNG!